

Rat lehnt geänderte IGI-Planungen ab

Warthausen bekommt keine Mehrheit für Planentwurf zustande - Welche Folgen das hat



Noch ist die Fläche im Warthausener Rißtal unbebaut. Doch die Planungen für ein Industriegebiet laufen. (Foto: Andreas Spengler)

Von Andreas Spengler

Warthausen

Stimmungsumschwung im Warthausener Gemeinderat: Bislang hatte es bei fast allen Entscheidungen zum interkommunalen Industriegebiet im Rißtal (IGI) eine Mehrheit für das Großprojekt gegeben. Jetzt allerdings scheiterte die Zustimmung zum Bebauungsplanentwurf an einem Patt. Was das für die weiteren Planungen bedeutet und was die Ursachen für die Entscheidung sind.

Die kleinste der drei Fraktionen im Warthausener Rat war von Beginn an ein Gegner des IGI. Bei der Sitzung am Montagabend aber verwies das Ökologische Bürgerbündnis (ÖBB) auf brandaktuelle Entwicklungen. Die aktuellen Starkregenfälle und Überschwemmungen hätten einmal mehr gezeigt, dass es kein „Weiter so“ geben dürfe, klagte Peter Maier (ÖBB). „Es gab vollgelaufene Keller und Überschwemmungen an Stellen, an denen es früher nie Wasser gegeben hatte.“ Für ihn und seine Fraktion sei klar, dass im Rißtal keine weitere Fläche versiegelt und auch keine großen, unbegrünter Dächer gebaut werden dürften. Auch die Lärm- und Verkehrsbelastung dürfe nicht weiter zunehmen.

Sein Fraktionskollege Rudolf Haug ergänzte: „Bevor wir die Lärmbelastung für die Anwohner weiter erhöhen, sollten wir erst einmal die bestehende Belastung reduzieren.“ Außerdem sei auch in dem Gerichtsverfahren um den Eingemeindungsvertrag (SZ berichtete) noch keine Entscheidung gefallen. Bevor der Rat seine Zustimmung zum Bebauungsplanentwurf erteile, solle man diese Entscheidung vom Verwaltungsgericht Sigmaringen abwarten. „Wir müssen uns generell ein, zwei Jahre Zeit nehmen und neue, kreativere Ideen weiterentwickeln“, sagte er.

Zuvor hatte Bernd Munz, Geschäftsführer des Büros „Lars Consult“, den aktuellen Stand der Planungen vorgestellt. Munz verwies auf die zusätzlichen Gutachten, die der Zweckverband in Auftrag gegeben hatte. Klimaschädliche Auswirkungen durch die Bebauung im Rißtal seien demnach keine zu erwarten. Wobei für jeden einzelnen Bauantrag nachgewiesen werden müsse, dass er sich nicht klimaschädlich auswirke.

In Sachen Lärm betonte Munz, dass bereits heute an der Landesstraße 267 zum Teil zu hohe Lärmwerte vorkommen und die Abfahrt von der B 30 auf die L 267 heute bereits nicht mehr zeitgemäß sei. „Eine Lösung für die Landesstraße wird eine deutliche Reduktion der Lärmbelastung sein“, sagte Munz. Möglich werden soll das durch Geschwindigkeitsbegrenzungen. Für die B 30 aber liegt die Zuständigkeit beim Bund.

Zahlreiche Änderungen seien inzwischen bereits in den Entwurf des Bebauungsplans eingearbeitet worden, nachdem unter anderem die Träger öffentlicher Belange ihre Stellungnahmen eingereicht hatten (SZ berichtete). Mit einem Punkt aber gab sich der Warthäuser Rat auch weiterhin nicht zufrieden: Dachbegrünungen sind momentan nur bei Flachdächern mit einer Gebäudetiefe bis zu 15 Metern mit einem Anteil von mindestens 60 Prozent der Dachfläche vorgeschrieben. „Das bedeutet, dass bis auf wenige Ausnahmen keine Begrünung auf den Dächern sein wird“, beklagte Johannes Hummler (FW).

Bei der Abstimmung im Warthäuser Rat kam es schließlich zu einem Patt mit sechs Ja-, sechs Neinstimmen und einer Enthaltung. Damit war der Antrag abgelehnt.

Die Gemeinde Warthausen wird als Träger öffentlicher Belange angehört, Planungsträger ist dagegen der Zweckverband IGI Rißtal.

IGI-Verbandsvorsitzender Mario Glaser erklärte auf Nachfrage der „Schwäbischen Zeitung“, der Verband werde alle Stellungnahmen anschauen und abwägen. Womöglich könnten sich die Planungen dementsprechend noch verändern. Warthausens Bürgermeister Wolfgang Jautz sagte, die Entscheidung des Gemeinderats habe ihn „überrascht“. Er teile diese dem IGI-Zweckverband offiziell mit. Wenn es dann darum geht, in einem nächsten Schritt den Satzungsbeschluss zu fassen, muss sich der Warthäuser Rat mit einem Weisungsbeschluss für die Vertreter im Zweckverband erneut positionieren. Jautz betonte, er sei „überzeugt“, dass dann auch eine Mehrheit für den Satzungsbeschluss zustande komme.
